

# Freie Wähler fordern Klimaschutzagentur im Kreis

## Fraktion nennt Fixierung auf E-Mobilität einseitig / Wasserstoff als neuer Fokus

**Landkreis Diepholz** – Die Freie Wählergemeinschaft (FWG) im Landkreis Diepholz ist unzufrieden mit der aktuellen Klimaschutzstrategie – kreis-, aber auch bundesweit. „Die seit einigen Monaten auf die Entwicklung von E-Mobilität fixierte Diskussion ist unserer Meinung nach zu einseitig und einseitig“, schreibt die Fraktion in einem Antrag, der in den Kreistag eingebracht werden soll. Darin fordert die FWG den Aufbau einer Klimaschutz- und Energieagentur sowie die regionale Umsetzung der norddeutschen Wasserstoff-Strategie. Letztere ist das Ergebnis einer ministeriellen Arbeitsgruppe, an der sich die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein beteiligt haben. „Diverse aktuelle Studien kommen zu dem Ergebnis, dass ein wesentlicher Teil der ge-

samten Treibhausgasemissionen nicht über den Einsatz von Strom vermieden werden kann“, heißt es in dem Papier.

Die FWG hat in ihrem Antrag einige dieser Bereiche identifiziert: Bei großen Distanzen oder extrem schweren Fahrzeugen, wie sie in der Landwirtschaft oft vorkommen, habe sich die E-Mobilität bislang nicht als praktikable Alternative bewiesen. Das sei „ein gravierendes Argument“ für den Aufbau einer verbrauchsnahe Wasserstoffinfrastruktur. Zumal die Diskussion über die E-Mobilität meist ausblende, dass die Umstellung der weltweiten Fahrzeugflotte auf Elektroantriebe fast zwangsläufig „an den dafür erforderlichen Ressourcen scheitern“ müsste.

Die Herstellung von Wasserstoff mittels erneuerbarer Energien hingegen sei alles andere als Neuland. Die Um-



**Die ersten beiden Wasserstoffzüge**, getestet in Bremerförde, haben sich laut Hersteller und Betreiber bewährt.

FOTO: PHILIPP SCHULZE/DPA

setzung der Wasserstoff-Strategie bedürfe eines deutlichen Ausbaus der Infrastruktur, doch was Speicherung,

Transport und Verteilung des Rohstoffs angehe, seien alle notwendigen Technologien vorhanden. Laut FWG-Antrag hätte sich der Einsatz bei Lokomotiven, Bussen und Lastkraftwagen außerdem schon bewiesen.

Neben den Vorteilen für die Umwelt verspricht sich die ministerielle Arbeitsgruppe eine Belebung ländlicher Regionen: „Können die bestehenden Hemmnisse überwunden werden, so ergeben sich für die Region neue, attraktive wirtschaftliche Chancen, verbunden mit einem Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen. Insbesondere für Regionen in Norddeutschland mit bislang wenig ausgeprägter Industriestruktur ist die Schaffung einer neuen Wertschöpfungskette ein wichtiger wachstums- und strukturpolitischer Anreiz.“

Dem folgend beantragt die

Freie Wählergemeinschaft, dass der Landkreis Diepholz sich – eventuell in Kooperation mit Netzbetreibern, Energieversorgern oder Nachbarkreisen – für die Umsetzung der Wasserstoff-Strategie einsetzt und „als finanziell leistungsfähiger Landkreis eine Vorreiterrolle beim Aufbau und bei der Förderung einer Wasserstoffinfrastruktur“ einnimmt.

Damit sei es aber nicht getan. Priorität müsse jetzt genießen, „den schädlichen Auswirkungen einer auf fossilen Energieträgern basierten Wirtschaftsweise und Massenmobilität zu begegnen“, fordert die Freie Wählergemeinschaft. „Um dem Klimawandel insgesamt strategisch entgegenzuwirken, strebt der Landkreis Diepholz den baldigen Aufbau einer Klimaschutz- und Energieagentur an“, so der zweite FWG-Antrag.

KREISZEITUNG 7.8.2019